

Editorial: Totalitarismus und Liberalismus

I.

Der Rückblick auf das ablaufende Jahrhundert fordert zu übergreifenden Deutungen und globalen Begriffen heraus, die seine großen Konfliktformationen, seine katastrophischen Brüche und überraschenden Wendepunkte verständlich machen. Die vorherrschenden Interpretationslinien ranken sich um das Jahr 1989, in dem das Licht der liberalen Demokratie den Sieg über das totalitäre Reich des Bösen davongetragen zu haben schien. Die universelle Durchsetzung von politischer Freiheit auf der einen, marktwirtschaftlicher Rationalität auf der anderen Seite scheinen das Tor zu einer neuen Welt aufgestoßen zu haben, welche die religiösen, nationalistischen und ideologischen Konflikte hinter sich läßt und allenfalls noch einige Nachhutgefechte mit den letzten Vertretern einer untergehenden Epoche austrägt. Selbst die einzig noch herrschende kommunistische Partei von Bedeutung sah sich veranlaßt, das Privateigentum in der chinesischen Verfassung zu verankern. Insofern trifft es zu, daß die »Revolutionen von 1989« nichts Neues hervorgebracht, sondern in ungeahnter Weise die Gesellschaftsform affirmiert hat, welche der Sozialismus überwinden wollte.

Die großen Veränderungen des letzten Jahrzehnts haben zu einem gewissen Sprachverlust der Linken geführt. Die Auflösung des osteuropäischen »Real-

sozialismus« hat den Abschied von einem Vokabular beschleunigt, das politische Konstellationen in den Begriffen der Klassentheorie zu bestimmen und gesellschaftliche Veränderungen nach ihrem Fortschrittscharakter beurteilte. Vielen gilt »Sozialismus« nicht mehr als ein historisches Projekt, sondern bestenfalls als defensives Reformprogramm zur Zivilisierung einer entgrenzten Ökonomie und zur Versicherung gegen Marktrisiken. Dieser Begriffschwund wurde selten eindrucksvoller demonstriert, als in der »Entdeckung« des linken Theoretikers und Blair-Beraters Anthony Giddens, daß sich »die Kategorien Links und Rechts von den beiden Körperhälften herleiten« und daß Gleichheit ein relativer Begriff sei, dessen nähere Bestimmung man vielleicht besser Oxforder Moralphilosophen überlassen sollte (Anthony Giddens: Der dritte Weg, Ffm 1999, S.50ff).

Wenn man den politischen Bewegungen in Osteuropa einen Mangel an neuen Konzepten vorhielt, dann charakterisiert das aber auch die Begriffe, in die westliche Interpreten die abgeschlossene Geschichte der kommunistischen Systeme gießen. Der Zerfall des Ostblocks wird als Sieg einer Theorie präsentiert, die man seit Ende der 60er Jahre eher für eine dem Selbstverständnis des Westens dienliche Gegenideologie als für ein wissenschaftliches Konzept zu halten geneigt war: Das Ende des Kal-

ten Kriegs wird in den Begriffen des Kalten Kriegs selbst präsentiert. In der Politikwissenschaft und im Feuilleton wird die Totalitarismustheorie zum letzten Wort über den Kommunismus gekürt. Die Tatsache, daß der sowjetische Kommunismus seinen letzten und ernstgemeintesten Reformversuch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre nicht überstand, wird als Beweis seiner Unfähigkeit zur evolutionären Selbsttransformation genommen. Die sich über ein Jahrzehnt hinziehenden postkommunistischen Krisen werden dem Erbe einer totalitär atomisierten Gesellschaft angelastet.

So ist es kein Zufall, daß in den Retrospektiven auf das Jahrhundert ein Begriffspaar prominent geworden ist, daß man eher den 50er Jahren zurechnen mochte, in denen mit der plakativen Alternative »Freiheit oder Sozialismus« bundesrepublikanische Wahlen gewonnen wurden (und an das in den 70ern nur noch erfolglos angeknüpft werden konnte). Nach dem Ableben des einzigen als Gesellschaftsform praktizierten Sozialismus – insofern war Breschnews Phrase des »realen Sozialismus« tatsächlich zutreffend – scheint der Liberalismus nicht einfach siegreich aus dem Kampf gesellschaftspolitischer Prinzipien hervorgegangen zu sein. Erst die mit der neoliberalen Revolution der frühen 80er Jahre einziehende außenpolitische Prinzipienfestigkeit habe die nötige Härte im Zweiten Kalten Krieg mit sich gebracht und die Sowjetunion in die Knie gezwungen. »The Hard-Liners Had it Right«, tönt Richard Pipes, der als Osteuropaberater der frühen Reagan-Administration die Totalitarismustheorie wiederbelebt hatte.¹

Nicht von ungefähr also ist eine neuaugelegte Totalitarismustheorie dabei, die Perspektive auf die abgelaufene Geschichte des realen Sozialismus festzulegen und, wie die Veröffentlichung eines *Schwarzbuchs des Kommunismus* zeigt, die Gemüter zu erregen. Gerade weil Liberalismus und Totalitarismus in diesem Zusammenhang nicht als analytische Kategorien fungieren, sondern ein Assoziationsfeld belegen, das theoretische Ambitionen mit moralischen Urteilen und einer politischen Programmatik kombiniert, kann ihre Tragweite außerhalb der *politischen* Kontexte ihrer Verwendung nicht angemessen erfaßt werden.

Wie weit die politische Programmatik des Totalitarismusbegriffs reicht, haben nicht zuletzt die Diskussionen im Rahmen der bundesrepublikanischen Enquete-Kommission zur »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur« gezeigt. Wenn die Anstöße für ein wiederbelebtes Totalitarismuskonzept eher von Frankreich und den USA ausgingen, so war in der erweiterten Bundesrepublik mit besonderen Resonanzen zu rechnen. Zwei Diktaturen auf deutschem Boden scheinen Anlaß genug, trotz gewichtiger Unterschiede zwischen NS- und SED-Diktatur die Frage nach gemeinsamen Merkmalen totalitärer Herrschaftsformen aufzuwerfen. Als Lehre der deutschen Vergangenheitsbewältigung wird ein »antitotalitärer Konsens«² jenseits von rechts und links postuliert, von dessen Bindungskraft nicht nur die deutsche, sondern auch die europäische Demokra-

1 Richard Pipes: Misinterpreting the Cold War. The Hard-Liners Had It Right, *Foreign Affairs*, Januar/Februar 1995, 154ff.

2 Jürgen Habermas 1995: Die Bedeutung der Aufarbeitung der Geschichte der beiden deutschen Diktaturen für den Bestand der Demokratie in Deutschland und Europa, in Enquete-Kommission 1995, Bd. IX., 690.

tie abhängen. Insofern scheint für den alten Antikommunismus, der die westdeutsche Demokratie und das atlantische Bündnis vier Jahrzehnte zusammenhielt, ein aussichtsreicher Nachfolger benannt: »Der Totalitarismusbegriff (ist) auch für die Gegenwart durchaus brauchbar – und zwar nicht nur als erkenntnistheoretisches Instrument, sondern auch als kritischer Maßstab gegenüber 'totalitären Versuchungen', gegen die selbst eine stabile Demokratie nicht von vornherein gefeit ist.«³

II.

Mit dem nach 1989 ausgerufenen Sieg des freien Markts gilt die über Jahrzehnte ausgetragene Kontroverse zwischen spontaner Selbstorganisation und politischem Interventionismus, zwischen individueller Autonomie und kollektivem Interesse, zwischen Freiheit und Gleichheit als entschieden. Das Scheitern des Kommunismus wird als Beleg für das marktliberalistische Credo gelesen, daß jeder Versuch, durch politische Eingriffe in den Markt soziale Gerechtigkeit herzustellen, unweigerlich den Keim des Totalitarismus in sich trägt. Die Attraktivität des Marktliberalismus beruht dabei weniger auf rein ökonomischen Argumenten als auf der Versicherung, daß wirtschaftliche Freiheit zugleich die Grundlage aller anderen Freiheiten abgebe und daß gesichertes Privateigentum die Grundvoraussetzung einer »Verfassung der Freiheit« sei.

Mit diesen Überzeugungen im Rücken scheint der Liberalismus geradezu prognostische Fähigkeiten entwickelt zu

haben. Schon in den 20er und 30er Jahren hatten Ludwig von Mises und Friedrich Hayek eine effiziente Planwirtschaft als unerfüllbare Utopie dargestellt. Noch bevor Stalin 1928 über die Köpfe der innerparteilichen Opposition hinweg die Planwirtschaft zur Produktionsweise des sowjetischen Kommunismus erhob, hatte der Liberalismus bereits prinzipielle Zweifel an der ökonomischen Sinnhaftigkeit formuliert. Wie Mises kurz nach der bolschewistischen Machtübernahme voraus sagte, sind in Abwesenheit eines Kapitalmarkts die Kosten alternativer Investitionsentscheidungen nicht kalkulierbar, so daß die Abschaffung des Privateigentums unter diesen Voraussetzungen in organisierter Verantwortungslosigkeit und verzerrten Anreizen enden muß. Hayek sah die Funktionslogik der Planwirtschaft notwendigerweise in Freiheitsverlust umschlagen: Mangels dezentraler Informationen über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage und die erforderlichen Proportionen zwischen Konsum und Investitionen könnten die Planziele nur durch politische Dekrete festgelegt werden, die jeden Entscheidungsspielraum und jede persönliche Verantwortung abschnürten: Die Planwirtschaft sei nicht nur ein Eingriff in die individuelle Auswahl wirtschaftlicher Güter, sondern ein Angriff auf die Freiheit der Individuen als solcher, der nur in moralischer Korruption, perversen Anreizen und verselbständigter Herrschaft enden könne. Der Glaube, wirtschaftliche Planung und Demokratie verknüpfen zu können, erschien Hayek als gefährliche Illusion. War Mises frühe Kritik an der Möglichkeit einer rationalen Wirtschaftsplanung noch ganz gegen die sich etablierende Sowjetunion gerichtet, so hatte Hayek bereits das neue Wort »Totalita-

³ Enquete-Kommission 1995: *Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland*, Frankfurt/M., Bd. 1, 745.

rismus« für sich entdeckt, um die gemeinsamen Eigenschaften der »kollektivistischen Systeme« des italienischen Faschismus, des deutschen Nazismus und des russischen Kommunismus auf einen Nenner zu bringen: Trotz unterschiedlicher Ziele, auf die sie die gesamten gesellschaftlichen Ressourcen lenkten, würden sich die unterschiedlichen Spielarten des Kollektivismus in ihrer Feindseligkeit gegenüber den Grundsätzen des Liberalismus gleichen. Totalitäre Tendenzen wurden freilich auch in den westlichen Gesellschaften ausgemacht, deren Aufbauprogramme nach dem Zweiten Weltkrieg dirigistische Elemente und Ansätze zu international koordiniertem Handeln enthielten. Ein geplantes Wachstum, größere Verteilungsgerechtigkeit, die Expansion der sozialen Sicherung, ein keynesianisch legitimates *deficit spending* und korporatistische Arrangements erschienen als Schleichweg in den Sozialismus. Mises, Hayek und ihre Verbündeten sahen sich als einsame Rufer in einer kollektivistischen Wüste. Allerdings entwickelten sie eine langfristig angelegte Strategie. Wie *Dieter Plehwe* und *Bernhard Walpen* in ihrem Beitrag zeigen, formierte sich der Neoliberalismus durch Gründung der *Mont Pèlerin Gesellschaft* im Jahr 1947 nicht nur zu einem Marsch durch die Institutionen, sondern vor allem zur Gewinnung der ideologischen Hegemonie.

In den späten 70er und schließlich in den 80er Jahren konnte der Liberalismus dann die Erfolge dieser Bemühungen ernten: die »neoliberale Konterrevolution« (so der Titel von *PROKLA* 44, 1981) setzte ein. Das Scheitern des internationalen Keynesianismus wurde durch einen inflationären Verteilungskonflikt zwischen vermachteten Gruppen und dem Opportunismus einer »po-

litischen Klasse« erklärt, die sich durch überdimensionierte Ausgabenprogramme die Zustimmung der Wähler erkaufte. Der Wohlfahrtsstaat sei längst zur Beute der Mittelklassen, die Regierung zur Gefangenen wohlorganisierter Interessengruppen geworden: Der Kampf eines Steuern maximierenden Staats mit Transfers verlangenden Wählern und subventionsorientierten Unternehmern führe zu jener Überforderung des Sozialprodukts, die unweigerlich in Inflation bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit enden müßte. Die daraus resultierende Sozialstaatskritik erlangte im angelsächsischen Raum insbesondere durch die gleichermaßen populär wie programmatisch gehaltenen Schriften von *Rose* und *Milton Friedman* politische Durchschlagskraft (vergleiche dazu den Artikel von *Fritz Fiehler*).

Entscheidender als die theoretisch eher dürftigen Grundlagen dieser »Neuen Politischen Ökonomie« war die fundamental veränderte Sicht des Verhältnisses von Markt und Demokratie, die sie über ihre wirtschaftspolitischen Mißerfolge hinweg durchsetzte. Daß *Reagan* das größte Haushaltsdefizit in der Geschichte der USA hinterließ, daß *Thatcher* die britische Gesellschaft zutiefst polarisierte, tat der Botschaft von den Wunderwirkungen des Markts kaum Abbruch. In der Stilisierung des Markts zu einem universellen Verfahren lag denn auch die »Revolution«, die die politische Philosophie des klassischen Liberalismus auf ein Deregulierungsprogramm herunterschraubte. Nicht mehr die Ausweitung politischer Freiheit und individueller Autonomie, die Auflösung von Vorurteilen und religiösen Dogmen, die Konstitution einer Öffentlichkeit, die in freier Diskussion gemeinsame Interessen formuliert und den gesellschaftlichen Fortschritt durch sozia-

le Reformen forciert, stehen im Zentrum, sondern die Befreiung des Markts von sozialen Normierungen und seine Abschirmung gegen politische Interventionen. Wenn der klassische Liberalismus den Staat der Herrschaft der Gesetze unterordnete, so fordern die Neoliberalen die Unterordnung der Politik unter einen universalisierten Markt.

Die Umbesetzung vertrauter Begriffe, die in den Randbezirken der Wirtschafts- und Politikwissenschaft vorbereitet wurde, hat sich in den letzten Jahren zu einer Art öffentlicher Philosophie ausgeweitet. Die alte Lehrbuchmetapher, derzufolge Käufer mit ihren »Dollar-Stimmen« über den Wert von Waren und Dienstleistungen entscheiden, hat einer ungleich radikaleren Sicht Platz gemacht. Wähler werden von vornherein Konsumenten gleichgesetzt, während Parteien als »politische Unternehmer« gelten, die Bündel von Dienstleistungen und Steuern gegen Stimmen austauschen; der Staat betreibt öffentliche Unternehmen, deren Kosten er durch politische Unterstützung deckt; das politische System gleicht einem riesigen Markt, auf dem Nachfrage und Angebot von öffentlichen Gütern aufeinandertreffen.

Die Wirksamkeit dieser Sprachregelung hängt nicht von der theoretischen Haltbarkeit der vorausgesetzten Annahme ab, daß Gesellschaft lediglich eine Ansammlung nutzenmaximierender Individuen sei. Der missionarische Eifer des neuen Liberalismus zielt auf die Erzeugung praktischer Einstellungen, und genau hier dürften seine weitreichendsten Folgen liegen. Die liberalistische Optik führt dazu, die Welt nur unter den Gesichtspunkten von Anreizen und Sanktionen zu sehen und die Legitimität von Institutionen danach zu beurteilen, ob sie die an Märkten anfallenden

»Transaktionskosten« verringern oder erhöhen. Die antipolitische Rhetorik gegen den Staat legt die Richtung einer Reformpolitik von vornherein auf Markterweiterung fest. Zur Verkörperung des Allgemeinwohls hochgestuft, fungiert die idealisierte Funktionsweise des Markts schließlich als moralische Norm, welche die ungleichen Lebenschancen der Einzelnen »meritokratisch«, das heißt gemäß ihrem jeweiligen »Verdienst« legitimiert.

Dieser neue Liberalismus brachte auch einen scharfen Kurswechsel gegenüber der Sowjetunion mit sich, die in jeder Hinsicht als Gegenmodell zur freien Welt dargestellt wurde. Die innenpolitische Dimension des Zweiten Kalten Kriegs ließ sich unschwer daran ablesen, daß Ronald Reagan gegen Jimmy Carter mit der Unterstellung antrat, dessen Wahlversprechen einer gerechteren Verteilung von Wohlstand, Einkommen und Macht sei ein Codename für eine Planung und Konfiskation sowjetischen Stils. Margaret Thatcher gewann ihre erste Wahl mit der Versicherung, Großbritannien aus dem sozialistischen Würgegriff zu befreien. Vor allem aber war der Siegeszug des Neoliberalismus engste mit der Wiederbelebung des Totalitarismusbegriffs als außenpolitischer Doktrin des Westens verknüpft. Jane Kirkpatrick's berüchtigte Unterscheidung zwischen traditionellen Diktaturen und totalitären Regimen, dank derer sie zu Reagans Botschafterin bei der UNO avancierte, knüpfte in zweckmäßiger Weise an die klassische totalitarismustheoretische These der »Einzigartigkeit des Totalitarismus« an: Während traditionelle Autokraten die bestehende Sozialordnung und Vermögensverteilung respektierten, setzten totalitäre Regime ihre Utopien mit aller Macht gegen die Gesellschaft durch; während autoritäre

Regime wie etwa Chile durchaus evolutionsfähig seien, reagierten die totalitären Herrscher Osteuropas allenfalls auf extremen Druck. Richard Pipes empfahl zur Umsetzung dieser Unterscheidung ein wirtschafts- und rüstungspolitisches *roll back* des seinem Wesen nach expansionistischen Kommunismus – eine Linie, womit sich der US-amerikanische Rüstungskeynesianismus der 80er Jahre problemlos legitimieren konnte.

III.

Für die Linke war der Totalitarismusbegriff seit je eine problematische Kategorie und zugleich eine spezifische Herausforderung – was durch die Diskussion um das im letzten Jahr erschienene *Schwarzbuch des Kommunismus* nochmals vor Augen geführt wurde. Das Programm dieses Buchs, die Geschichte des Kommunismus als eine Geschichte des Terrors, der Unterdrückung und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu schreiben, hat Abwehrreaktionen hervorgerufen, die hinter diesem Versuch primär politische Absichten vermuten. Vor allem in Deutschland wurde seit langem befürchtet, die immer wieder angestellten Vergleiche zwischen Nazismus und Kommunismus könnten die Einzigartigkeit der deutschen Verbrechen relativieren. Nicht ohne Grund, denn in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft der 50er Jahre fungierte die Kritik am »totalitären Sowjetkommunismus« und an der DDR als bequeme Rückversicherung, den Weg in das richtige Lager absolviert zu haben. Ebenso wie die Verwendung war die Ablehnung des Totalitarismusbegriffs immer auch politisch motiviert. So vermutet etwa ein Minderheitenvotum zum Bericht der oben genannten Enquete-Kommission aus den Reihen der PDS, daß die

den Reihen der PDS, daß die Anwendung der »sogenannten Totalitarismusauffassung« auf den SED-Staat »in erster Linie auf eine völlig ungerechtfertigte Diskreditierung und Verunglimpfung des Systems und des Lebens in der DDR zielt.«⁴

Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs ist freilich zu tief auch mit der linken Desillusionierungsgeschichte über die Entwicklung in der Sowjetunion verwoben, um ihn auf eine propagandistische Floskel reduzieren zu können. Es ist kaum von der Hand zu weisen, daß der deprimierende Ausgang des sowjetischen Experiments die Linke unter stärkeren Reflexions- und Revisionsdruck setzt als jene Kalten Krieger, die im »Ostblock« nie etwas anderes als das Böse schlechthin am Wirken sahen. Nach allen seit 1989 hinzugewonnenen Erkenntnissen bietet sich die Geschichte des sowjetischen Kommunismus noch weniger als ein Objekt an, an dem ein Stück linker Identität zu verteidigen wäre.

Dabei war bereits die Oktoberrevolution eine Machtergreifung *gegen* alle Annahmen der Marxschen Theorie und gegen die Hauptströmungen des russischen Marxismus. Schon vor 1917 hatten kritische Beobachter in Rußland und in Westeuropa die in der Leninschen Avantgarde-Partei angelegte Tendenz zu einer verselbständigten Herrschaft erkannt. Schon unmittelbar nach Formierung der Bolschewistischen Partei erahnten der russische Menschewist Pawel Axelrod wie auch Rosa Luxemburg die Umwandlung der spontanen Bewegung gegen den Zarismus in ein

4 Enquete-Kommission 1995: *Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland*, Frankfurt/M, Bd. I, S. 708.

»gefügliches Werkzeug eines Komitees«. 1919 hatte Karl Kautsky die Unterordnung der emanzipatorischen Ziele unter den Primat des Machterhalts auch um den Preis einer Jakobinerherrschaft diagnostiziert und prognostiziert, daß Rußland ohne Demokratie zugrunde gehen werde. Diese Befürchtung wurde von Alfons Paquet, einem linken Beobachter der Moskauer Ereignisse vor Ort, durch die These bestätigt, daß der »revolutionäre Totalismus Lenins« auf die »planmäßige Vernichtung einer ganzen Gesellschaftsklasse« hinauslaufe. Im folgenden Jahr erkannte Otto Bauer, der führende Theoretiker des Austro-Marxismus, in der russischen Herrschaft nicht eine Umsetzung des Marxismus, sondern eine auf Terror setzende Despotie, die in Chaos und Hunger münden würde, wenn die politische Führung nicht zu einem Umbau des Systems bereit sei. Noch vor Ausschaltung der linken und der innerparteilichen Opposition, noch vor der Entmachtung der Gewerkschaften und der Niederschlagung des Kronstadter Aufstands, noch vor dem Aufstieg Stalins also war hinreichend Anlaß für prinzipielle Zweifel an den »Errungenschaften« des »Roten Oktober« gegeben. In den 20er Jahren aber konnte der repressive Pfad der frühen Sowjetunion noch als Übergangerscheinung unter dem Druck des Kriegskommunismus, als Reaktion auf innere und äußere Feinde gewertet werden. Das marktsozialistische Zwischenspiel der NEP und der durch Bucharin verkörperte moderate Kurs wurden als Zeichen der Wandlungsfähigkeit des Regimes gelesen. Hoffnungen auf weitergehende Liberalisierungen verfinsterten sich jedoch im Verlauf von Stalins »Zweiter sozialistischer Revolution«, die Ende der 20er Jahre neben der Planwirtschaft die Zwangskollektivie-

rung der Landwirtschaft durchsetzte. Die Tragik der verbliebenen innerkommunistischen Opposition gegen Stalin lag in ihrer blinden Loyalität gegenüber der Partei, die immer noch als Ausdruck des revolutionären Projekts aufgefaßt wurde, für das man auch zur Opferung des eigenen Lebens bereit war.

Außerhalb der Sowjetunion erzeugten die Ausschaltung Trotzki's, die Liquidierung trotzkistischer und anarchistischer Kämpfer im Spanischen Bürgerkrieg durch Stalins Geheimpolizei, die Moskauer Schauprozesse und vor allem der Hitler-Stalin-Pakt Wellen linker Abkehr vom Sowjetkommunismus – was im Moskauer Sprachgebrauch als Renegatentum in das Arsenal zu vernichtender Gegner aufgenommen wurden. In diesem Kontext wurde der Begriff des Totalitarismus, der in den frühen 20er Jahren zur Charakterisierung des faschistischen Italien eingeführt worden war, auch auf die stalinistische Sowjetunion angewandt. Trotzki selbst bezeichnete nun die sowjetische Herrschaftsstruktur als eine »totalitäre Diktatur«, in der Kunst und Justiz gleichgeschaltet seien. Während Trotzki die ökonomische Basis der Planwirtschaft immerhin noch für sozialistisch hielt, rückte Rudolf Hilferding die »totalitäre Staatswirtschaft« der Sowjetunion in die Nähe der deutschen und italienischen Kriegsökonomie.

In gewisser Weise wurde die linke Verwendung des Totalitarismusbegriffs durch den Verlauf des Zweiten Weltkriegs und durch die Nachkriegskonstellation zwischen den neu entstandenen Supermächten blockiert. Zum einen setzten die Opfer, welche die Sowjetunion als westlicher Bündnispartner erlitten hatte, sie deutlich genug vom besiegten Nationalsozialismus ab, der zudem den Holocaust als historisch singu-

läres Ereignis hervorgebracht hatte. Zum anderen machte die mit Verkündung der Truman-Doktrin einsetzende Funktionalisierung des Totalitarismusbegriffs als Legitimationsformel für die atomare Rüstung ihn vollends suspekt. Paradoxaer Weise haben die in den 50er Jahren unternommenen Versuche, ihn zu einer Theorie auszuarbeiten (vgl. dazu den Beitrag von *Gert-Joachim Glaeßner*) hierzu nicht unerheblich beigetragen – insbesondere der unter der Hand in eine Gleichsetzung umschlagende Vergleich zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus und die daran geknüpften pauschalisierenden Urteile über das »Wesen« des »Totalitarismus«.

Keine Schrift macht dies deutlicher als Hannah Arendts unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg begonnenes und 1951 in den USA erschienenes Buch über *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*. Die Entstehungsgeschichte dieses Buchs war Anlaß zur polemischen Unterstellung, Arendt habe den Stalinismus erst nachträglich in ein ursprünglich dem antisemitischen Rassismus gewidmetes Buch eingeführt, um seine Veröffentlichungschancen zu erhöhen. Dies wird jedoch weder der hermeneutischen Leistung Arendts gerecht, die Eskalationslogik der nationalsozialistischen Ideologie zu vermitteln und mit ähnlichen Tendenzen im Stalinismus zu konfrontieren, noch der von ihr selbst empfundenen Tragik einer überverallgemeinerten Theorie. Arendt erschienen die Zustände in den nationalsozialistischen und stalinistischen Lagern, die sie als konsequenteste Institutionen totalitärer Herrschaft begriff, gleichermaßen als Realisierung eines absoluten Grauens, vor dem die politischen Differenzierungen zwischen links und rechts verblassen, und als »Maßstab eines notwendigen Kriegs«. Han-

nah Arendt selbst war allerdings bereit, die fatalen Implikationen ihrer Theorie zu erkennen und stellte die mit Erfindung der Wasserstoffbombe möglich gewordene totale Vernichtung auf eine Stufe mit den Vernichtungslagern. Nach Stalins Tod entdeckte sie Anzeichen einer Abschwächung der Sowjet-herrschaft zu einem autoritären Regime und wertete den Budapester Aufstand von 1956 als Zeichen eines möglichen internen Widerstands. Angesichts der politischen Instrumentalisierung der Totalitarismustheorie zur westlichen Militärdoktrin ging Arendt auf Distanz zum offiziellen Antikommunismus und empfahl einen möglichst sparsamen Gebrauch des Totalitarismusbegriffs.⁵

Tatsächlich verlor der Totalitarismusansatz in der wissenschaftlichen Literatur seit den 60er Jahren an Relevanz. Die Fixierung auf geheimpolizeilichen Terror, die universelle Überwachung und die Durchherrschaft der osteuropäischen Gesellschaften durch die kommunistischen Parteien wick Fragen nach der Entwicklungsfähigkeit der entstalinisierten Sowjetunion. Nach Arendt verabschiedete sich mit Zbigniew Brzezinski ein zweiter Hauptvertreter von seinem Ansatz. Die Entspannungspolitik erlaubte eine auch entspanntere Sicht auf die osteuropäischen Verhältnisse – auf die Feinstruktur der Politikformulierung, die veränderte Sozialstruktur, das Alltagsleben und nicht zuletzt auf die Varietät der verschiedenen kommunistischen Gesellschaften. In der Erforschung des Nationalsozialismus spielte der Vergleich zum Sowjetkommunismus nur noch eine methodisch dosierte Rolle. Entwicklungsgeschicht-

5 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*, München 1993, 470 u. 486ff.

lich ging man von Extremvarianten von Modernisierungen von oben aus (siehe zur aktuellen Diskussion den Beitrag von *Willfried Spohn*). – Vor diesem Hintergrund war die Wiederbelebung des Totalitarismusbegriffs in den 80er Jahren weniger durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse bestimmt als durch die literarische Reflexion osteuropäischer Dissidenten und die Reflexe der französischen »Neuen Philosophen«, insbesondere aber durch die Umorientierung der amerikanischen Außenpolitik, die im »kommunistischen Totalitarismus« wiederum einen unveröhnlichen, allein militärisch einzudämmenden Gegner ausmachte.

IV.

Worin also besteht die Aktualität der Totalitarismustheorie nach dem für die Anhänger des Ansatzes so unerwartet friedlichen Ende der Sowjetunion? Warum die aufgeregte Kontroverse um das *Schwarzbuch des Kommunismus* (siehe hierzu die Polemik von *Rudolf Walther*) so als hätte am Anfang der Neuen Linken vor mittlerweile 30 Jahren nicht eine überaus scharfe Leninismus- und Stalinismuskritik gestanden (vgl. etwa PROKLA 11/12, 1974 oder PROKLA 17/18; 1975). Wer machte sich 1981, 1986 oder 1989 noch Illusionen über die Verhältnisse im kommunistischen Europa und der DDR, die er sich Mitte der 90er Jahre von Francois Furet oder Stephane Courtois austreiben lassen müßte?

Sicherlich fällt der Rückblick auf die jetzt auch im Detail zugängliche Geschichte des Kommunismus erschreckender aus, als noch die entschiedenste Stalinismuskritik vermuten ließ. Nach allem, was heute über das Ausmaß und das Kalkül des »Roten Terrors« nach 1917 bekannt ist, sind die Trennungsli-

nien zwischen Lenin und Stalin weniger prinzipiell als in der Linken lange Zeit angenommen. Die sozial- und alltagsgeschichtliche Erschließung der frühen Sowjetzeit macht die Zerstörung von Gesellschaftlichkeit nicht verständlicher, sondern befremdlicher. Anders als in den akademischen und linken Debatten um die Prinzipien der Planwirtschaft erkennbar, war die Durchsetzung der Planwirtschaft aufs engste mit der Universalisierung des Terrors verwoben.⁶ Angesichts der offenliegenden Irrationalitäten, der Opfer- und der Verschwendungsbilanz des Stalinismus sind funktionalistische Betrachtungsweisen und indirekte Rechtfertigungen aus den »historischen Umständen« nicht mehr akzeptabel.

Allerdings ist nicht zu erkennen, daß diese Einsichten auf irgendeine Form von Totalitarismustheorie angewiesen wären. In den jüngeren Rekonstruktionen der sowjetischen und osteuropäischen Geschichte ist der Totalitarismus-Ansatz marginal geblieben. Nicht von ungefähr spielt er selbst in den materialen Beiträgen des *Schwarzbuchs* (etwa bei Nicolas Werth) keine Rolle. Bezeichnenderweise herrscht in der Literatur, die für die Aktualität des Ansatzes zu stehen scheint, eine historisierende, nämlich begriffs- und ideengeschichtliche Perspektive vor. Andererseits werden Elemente des Totalitarismusbegriffs, die auf diktaturübergreifende Herrschaftstechniken und Sprachregelungen anspielen, in Kontexten verwandt, die weder mit dem Nationalsozialismus noch dem Kommunismus zu

⁶ Siehe neben Nicolas Werths Beitrag zum *Schwarzbuch* insbesondere Robert Service: *A History of Twentieth-Century Russia*, Cambr./Mass. 1998 und Orlando Figes: *A People's Tragedy*, London 1996

tun haben (siehe dazu den Versuch von *Wahid Wahdathagh* den politischen Islam mit totalitarismustheoretischen Kategorien zu beschreiben).

Paradoxerweise werden die fatalen Irrtümer, zu denen ein politisch überfrachteter Totalitarismusbegriff einlädt, gerade nach dem Ende des Kommunismus sichtbar. Zu ihnen gehört zum einen das, was Eric Hobsbawm als vermeintliches Nullsummenspiel zwischen Totalitarismus und Liberalismus bezeichnet hat: Die binäre Sichtweise dieser Konstruktion hat die naive Vorstellung begünstigt, daß die Niederlage des Kommunismus umstandslos in einen prosperierenden Marktliberalismus übergehen würde, der sich seine zivile Gesellschaft selbst organisiert – ohne daß diese Ansicht durch die Opfer der nachkommunistischen Marktexperimente bislang entscheidend revidiert worden wäre. Zum anderen haben Arendts Warnun-

gen, daß die in ihrer Totalitarismustheorie angelegte Polarisierung zwischen Gutem und absolut Bösen ihrerseits zu totalisierenden Feindbildern herausfordert, wenig ausgerichtet. Ein aus jeglichem historischen Bezug herausgelöster Totalitarismusbegriff hat sich in eine frei flottierende Feindformel verwandelt. Ein zum soldatischen Bildungsgut herabgesunkener Totalitarismusbegriff dient dem Befehlsführer der NATO-Streitkräfte als Zielsuchgerät: Der beste Weg, Milosevic loszuwerden, sei es »die drei Pfeiler seiner totalitären Gesellschaft zu zerstören – die Armee, die Geheimpolizei und die Medien« (*Wall Street Journal Europe*, 27.4.99). Der Demonstrationseffekt überlegener Militärtechnik wiederum ist in intellektuelle Bereiche aufgestiegen, in denen sich der Soziologe Ulrich Beck zu einer Lobpreisung der »Vernunftbomben« auf Serbien hinreißen läßt.